

SCHWERPUNKT PARTIZIPATION REALISIEREN! FÜR DIE DEMOKRATISIERUNG DER OFFENEN JUGENDARBEIT

Demokratie lebt von der Beteiligung aller! Doch die Realität ist eine andere. Paternalistische Strukturen prägen viele Lebensbereiche junger Menschen und vermitteln ein falsches Bild von Partizipation. Aber was genau wird rechtlich und tatsächlich unter der Beteiligung von Jugendlichen an gesellschaftlichen Prozessen verstanden?

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen wird im sozialpädagogischen Diskurs derzeit diskutiert. Durch das Auseinanderdriften sozialer Milieus und dem Anwachsen der Kinderarmut rückt die Forderung nach mehr gesellschaftlicher Teilhabe wieder stärker in den Vordergrund. Das Teilhabeversprechen demokratischer Gesellschaften wird aber angesichts eines immer schwächer aufgestellten Staates und einer zunehmenden Entsolidarisierung in breiten Bevölkerungsschichten schon grundsätzlich nicht realisiert. Zudem wird die politische und gesellschaftliche Mitgestaltung in der Bundesrepublik hauptsächlich durch Wahlen organisiert, wodurch viele junge Menschen bis zum 18. Lebensjahr wahrrechtlich bedingt ausgeschlossen werden.

Was unter dem Begriff der Partizipation verstanden werden kann, zeigt ein Blick in die (west)deutsche Vergangenheit. Ende der 60er Jahre beäugte gerade die Neue Linke den Begriff äußerst misstrauisch und verstand unter Partizipation vor allem eine Idee der sozialen Integration und Assimilation statt des Widerstands und der Emanzipation von und gegen die herrschenden Verhältnisse.¹ Eine positive Konnotation erlebte der Begriff erst Anfang der 90er Jahre und zwar meist im Zusammenhang mit der wachsenden „Politik(er)verdrossenheit“ junger Menschen. Durch mehr Beteiligungsmöglichkeiten sollte ein Gegentrend zu diesem neuen Phänomen aufgebaut und das Interesse an gesellschaftlichen Themen wieder gestärkt werden. Es wird deutlich, dass bei einem emanzipatorischen Begriffsverständnis Partizipation nicht mit einfacher Teilhabe gleichgesetzt werden kann. Unter Partizipation ist zu verstehen, dass freie und gleichberechtigte BürgerInnen das Recht haben, das Gemeinwesen aktiv zu gestalten, indem sie an öffentlichen Diskussionsprogrammen teilnehmen und Entscheidungen in Politik, Staat und Gesellschaft auch entgegen den jeweils herrschenden Verhältnissen durchsetzen können.²

Für Kinder und Jugendliche hat die Partizipation eine darüber hinaus gehende Stellung. Junge Menschen sammeln zum einen Erfahrungen mit demokratischen Strukturen und müssen Verantwortung übernehmen. Zum anderen lernen sie Kompromisse zu schließen, Meinungen anderer zu tolerieren und vor allem ihre Interessen zu verteidigen. Kinder und Jugendliche erleben sich als „wichtig“ für diese Gesellschaft, wenn sie tatsächlich und effektiv auf Entscheidungen, die sie betreffen, Einfluss nehmen können.³

Partizipation paternalistisch

In der Realität haben junge Menschen jedoch bis zu ihrem 18. Lebensjahr kaum Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen, die sie selbst oder die Allgemeinheit betreffen. Die tatsächlichen Partizipationsmöglichkeiten erschöpfen sich in der Bildung von politischem Bewusstsein und einer Stärkung der Identifikation mit dem hiesigen

System samt dessen Institutionen. Diese Art von Beteiligung wirkt hauptsächlich sozial integrativ und ermöglicht ein reibungsloses und günstiges Umfeld für die Regierungsarbeit. Da junge Menschen nicht als Subjekte und Träger von Rechten, sondern als Objekte wahrgenommen werden, ist die bestehende Partizipation überwiegend paternalistisch geprägt. Denn nicht die politische Praxis soll durch Partizipation von Jugendlichen

verändert werden, sondern die Jugendlichen selbst, damit sie die Politik und das Herrschaftssystem akzeptieren. Der Staat erzieht sich die BürgerInnen, die er braucht!⁴

Insbesondere die Soziale Arbeit rückt als der „weiche“ Teil der Sozialpolitik in dieses Kampffeld der Integration von jungen Menschen in Herrschaftsverhältnisse ein. Denn die von Klassenfraktionen und politisch-ideologischen Gruppierungen definierten Zielbestimmungen werden in der gesellschaftlichen Realität in die Praxis der Sozialen Arbeit übersetzt, wobei es sich meist um spezifische gesellschaftliche Reproduktionsmodalitäten handelt.⁵ Nicht die Betroffenen in ihrem sozialen Kontext stehen also im Mittelpunkt von Sozialer Arbeit, sondern politische und ökonomische Machtgruppen. Folglich sind junge Menschen, die gerade durch Partizipation und Soziale Arbeit angesprochen werden, in der Realität lediglich Mittel zum Zweck.⁶ Ihnen muss jedoch ein Raum für individuelle Emanzipation von sozialer Unterdrückung gewährt werden. Förderlich wäre hierzu eine kritische Soziale Arbeit, die die Kompetenz vermittelt, die alltäglichen Widersprüche als Anlass für gesellschaftliche Veränderungen zu begreifen und sich nicht nur in den gegebenen ideologischen Verhältnissen zu bewegen. Ein solches Verständnis von Sozialpolitik käme sogar den gesetzlichen Vorgaben zur Partizipation von jungen Menschen sehr nahe.

Recht mal progressiv

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wird gesetzlich im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), Sozialgesetzbuch Acht (SGB-VIII) gefordert. Insbesondere das rechtliche Programm des KJHG ist an der Sicht der jungen Menschen und der Betonung ihrer Subjektivität im Erziehungsprozess ausgerichtet. Die Kinder und Jugendlichen werden als AdressatInnen mit eigenen Interessen in den Mittelpunkt des Gesetzes gestellt.⁷ Anhand zweier entscheidender Normen zu gesetzlich verankerten Partizipationsmöglichkeiten wird deutlich, wie weitreichend der Gesetzgeber die Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen eigentlich vorsieht. § 8 SGB-VIII regelt, dass Kinder und Jugendliche entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen sind. Kinder und Jugendliche können über ihre Beteiligung selbst entscheiden, ohne die Eltern zuvor anzuhören. Unter „allen sie betref-

fenden Entscheidungen“ sind alle Handlungen und Dienstleistungen wie Beratungsgespräche und Stellungnahmen zu verstehen, die die Kinder und Jugendlichen rechtlich wie tatsächlich in ihrer Situation betreffen.⁸ Dieser Paragraf bildet die Grundlage für Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen der Sozialen Arbeit und emanzipiert sie zumindest in diesem Bereich von ihren Personensorgeberechtigten.

§ 11 SGB-VIII formuliert zunächst, dass jungen Menschen die eigenverantwortliche Entwicklung ihrer Persönlichkeit und das Hineinwachsen in die Gesellschaft durch die Jugendarbeit erleichtert werden soll. Gleichzeitig soll Jugendarbeit Partizipation am staatlichen und gesellschaftlichen Leben entwickeln und stärken, soziale Benachteiligungen abbauen und mehr Chancengleichheit schaffen.⁹ Mitgestaltung und Mitbestimmung sind die zentralen Punkte in diesem Paragrafen und strahlen, wie schon der § 8 SGB-VIII, auf das gesamte Jugendhilferecht aus. Wie man sieht, fordert der Gesetzgeber die umfassende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in allen Bereichen der Jugendhilfe und schafft ein Normenkonstrukt, das den tatsächlichen Verhältnissen in der offenen Jugendarbeit weit voraus ist.¹⁰

Mehr Demokratie wagen – auch für junge Menschen!

Das alleinige Schaffen von Möglichkeiten zur Beteiligung von Jugendlichen reicht für die Existenz von wirklicher Partizipation nicht aus. Es sind stets die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu untersuchen, da ein unabhängiges und selbstbestimmtes Handeln eine gesicherte materielle Existenz und soziale Integration voraussetzt. Eine Analyse der materiellen Verhältnisse von Jugendlichen zeigt, dass politisches Interesse und gesellschaftliches Engagement hoch selektiv und die Zugänge sozial ungleich verteilt sind. Bei Jugendlichen (Altersgruppe 12-25 Jahre) aus der Oberschicht ist nach einer Studie das politische Interesse von 43% in 2002 auf 51% in 2010 gestiegen.

Rückläufig ist dagegen das Interesse bei Jugendlichen aus der unteren Mittelschicht, wo 24% in 2002, 29% in 2006 und 26% in 2010 sich als politisch Interessiert bezeichneten, sowie in der Unterschicht, wo 16% in 2002, 23% in 2006 und hingegen nur 16% in 2010 sich entsprechend charakterisierten.¹¹ Ähnlich verlaufen auch die Werte für Aktivitäten und Engagement.¹² Diese Werte untermauern die These, dass sowohl politische als auch gesellschaftliche Partizipation eng an das soziale Milieu und den materiellen Verhältnissen der Jugendlichen verbunden ist. Wer jungen Menschen den Zugang zu Partizipation unabhängig von ihrer sozialen Herkunft sichern will, muss daher zunächst die durch politische Entscheidungen mit herbeigeführte Kinder- und Jugendarmut beseitigen.

Unter der Bedingung dieser materiellen Voraussetzung lässt sich reale Partizipation junger Menschen vor allem in der Kommune in verschiedenen Formen mit unterschiedlichen Zielen und Zielgruppen verwirklichen. Die bekanntesten sind Kinder- und Jugendparlamente, Kinder- und Jugendforen und projektorientierte Formen wie z. B. Sozialraumgestaltungen. Wenig überraschend ist, dass die bestehenden Partizipationsmöglichkeiten seitens der jungen Menschen wenig genutzt werden. Neben einem Desinteresse am Thema werden vor allem das fehlende Vertrauen in PolitikerInnen und deren mangelnder Respekt gegenüber jungen Menschen als Begründung genannt.¹³ Es ist zu vermuten, dass dieses Misstrauen nicht bestehen würde, wenn frühere Beteiligungserfahrungen für die Beteiligten zufriedenstellend gewesen wären, sie sich ernst genommen gefühlt und vor allem die Möglichkeit gehabt hätten, entscheidende Veränderungen an konkreten Plänen oder Projekten zu bewirken. Nicht das gesellschaftskonforme Erziehen von jungen Menschen darf im Vordergrund stehen, sondern die Emanzipation und die Entwicklung von kritischem Bewusstsein.

Ridvan Ciftci studiert Jura in Bielefeld.

Weiterführende Literatur:

Benno Hafeneeger et. al (Hg.), Kinder- und Jugendpartizipation im Spannungsfeld von Akteuren und Interessen, 2005.

Sonja Moser, *Beteiligt sein*, 2010.

Anzeigen

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 89 | Winter 2010/2011

Silvio Meier 21.11.92, Karl Sidon 18.01.93
 Klaus-Dietler B. 11.12.90, Tim Meier 26.11.95
 Masch 01.06.02, Frank Rötter 08.02.97, Mike Zama 25.02.93
 Unbekannt 31.12.90, Antonio Meis 13.02.97
 03.07.85, Hans-Gert 22.04.97, Hans-Dieter 07.11.92
 04.06.91, Enrico Schreiber 29.03.03, Ralf Schabus 07.11.92
 09.12.03, Marius Schöberl 12.07.02, Jeff Doppen 25.05.93
 Hans Georg 20.03.98, Kurt Schneider 06.10.99, Horst Rüter 05.02.95
 Bekaid Baykal 04.11.93, Hülya Genç 23.05.93, Andreas Oetzi 21.05.03
 01.12.99, Anstefel 09.03.93
 Deutschmann 09.08.99, Egon Effertz 17.03.99, Hans-J. Benschdorf 05.06.93
 08.12.97, Gullistan Öztürk 29.05.93, Eberhard Tenenstrot 05.04.94
 Behadj 22.04.01, Hans-Georg Jakobson 28.07.93, Klaus-Dietler Harms 09.08.01
 28.05.93, Martin Kemming 15.03.96, Hans-Werner Gärtner 08.10.99
 Hans-Joachim Schwarz 04.06.96, Rik Langemann 17.03.08
 Yvonne Hachtkemper 14.06.00, Jan W. 26.07.94, Renauz Szylarski 03.08.92
 05.03.97, Dagmar Kohlmann 14.09.95, Pipo Van Toan April 97, M. S. 14.07.07
 05.03.97, Samed Kofi Yeboah 19.09.91, Hans-Joachim 01.11.99
 Kiowa 25.11.90, Gökay Söhrmann 03.03.97, Klaus Peter Beer 07.09.95
 Andreas Petzack 06.05.06, Waltraud Schiffer 24.10.97, Gunter Marx 06.08.94
 Ayta Yama 22.11.92, Frank Steiner, Waldemar Idett 19.12.93
 Matthias Lüders 26.04.93, Alberto Adriano 11.06.00
 02.03.97, 01.01.97, End Wendland 01.07.92
 04.03.92, Hartmut Balke 27.01.03, Eckardt Platz 26.11.00
 04.03.92, Hartmut Nickel 07.10.03
 Viktor Filippov 19.12.81, Samira Genç 29.05.93
 Achmed Bachir 23.11.96, Samira Genç 29.05.93
 Nuno Lourenco 29.12.98, Bülente Arslan 22.11.92
 Gero 01.08.99, Gero Götke 22.07.06
 06.04.08, Falko Lüdtke 31.05.00
 Sven Baizer 20.02.96, Bernd G. 08.05.96

**Rechte Morde
Eine Bilanz**

Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

**graswurzel
revolution**

Monatszeitung für eine gewaltfreie,
herrschaftslose Gesellschaft



www.graswurzel.net

„Ein Blick in die Graswurzelrevolution zeigt dir ein anderes Bild der Welt... Obwohl deutlich gemacht wird, in welch krankem System wir leben, zeigt die GWR immer wieder, dass auf der ganzen Welt Menschen dagegen kämpfen.“
(Plastic Bomb Nr. 67, Sommer 09)

Probeheft kostenlos.
Abo (10 Ausgaben): 30 Euro
GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947
Nettersheim. Tel.: 02440/959-250, Fax: -351,
abo@graswurzel.net

Graswurzelrevolution Nr. 355, Jan.: WikiLeaks. Der nackte Arsch der Demokratie oder die Unmöglichkeit zur Wahrheit; Julian Assange, Schweden und die „wildgewordenen Feministinnen“; Andi Wolf's neuer Comic: Unter dem Schotter liegt der Strand; „Stuttgart 21 plus“: „Schlichtung“ als Herrschaftsinstrument mit alternativem Anstrich; Arundhati Roy; Die Inszenierung tendenziell totalitärer Entweder-Oder-Politik in *Der kommende Aufstand*; Anarchismus & queer, u.v.m.

- 1 Moser, 2010, 71 f.
- 2 Ebd., 73.
- 3 Ebd., 75.
- 4 Raingard Knauer / Benedikt Sturzenhecker, Partizipation im Jugendalter, in: Benno Hafeneeger et. al (Hg.), 2005, 63 (64).
- 5 Uwe Hirschfeld, Mit Gramsci die Politik Sozialer Arbeit verstehen, in: Andreas Merckens et. al. (Hg.), Mit Gramsci arbeiten, 2007, 98 (99 f.).
- 6 Ebd., 100.
- 7 Moser 2010, 109.
- 8 Reinhard Wiesner et. al. (Hg.), SGB VIII, Kinder- und Jugendhilfe, Kommentar, 2000, 97.
- 9 Moser, 2010, 163.
- 10 Ebd., 115.
- 11 16. Shell-Jugendstudie, Jugend 2010, 132.
- 12 Ebd., 154.
- 13 Bertelsmann Stiftung (Hg.), Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland, 2005, 44.